

Bezirkshauptmannschaft
Magistrat

GZ.:

Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Bgld. Mindestsicherungsgesetz

- Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts
- Leistungen zur Sicherung des Wohnbedarfs
- Leistungen zum Schutz bei Krankheiten, Schwangerschaft und Entbindung
- Sonstiges

I. Angaben zur/zum AntragstellerIn (Personendaten)

Nachname _____ Vorname _____

SV-Nummer _____ Geburtsdatum _____ Geburtsort _____

Staatsbürgerschaft _____ Geschlecht männlich weiblich

Wohnsitz PLZ _____ Wohnort _____
Straße / Hausnummer _____

Personenstand verheiratet / eingetragene Partnerschaft (EP) ledig verwitwet / hinterblieben aus EP
 Lebensgemeinschaft getrennt lebend geschieden / aufgelöste EP

Erreichbar unter **Telefon**, ev. E-Mail-Adresse _____

Derzeit **krankenversichert** bei _____

Vertreter/In (nur auszufüllen, wenn der Antrag nicht von der Hilfe suchenden Person gestellt wird)

Gesetzl. VertreterIn **SachwalterIn** **Bevollmächtigte Person** **Familienmitglied**

Nachname _____ Vorname _____

Anschrift _____

Bezirksgericht _____ Beschluss Zl. _____

Bankverbindung

Die Anweisung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung soll auf nachstehendes Konto erfolgen.

Bankinstitut _____ BLZ _____ Konto Nr. _____

IBAN _____ BIC _____

II. Einkommensverhältnisse / Antragsteller				
Nettoeinkommen				Auszahlende Stelle
<input type="checkbox"/>	Einkommen aus Erwerbstätigkeit	mtl.	€	
<input type="checkbox"/>	Leistungen des Arbeitsmarktservices (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss, Beihilfe zur Deckung des Lebensbedarfes)	tägl.	€	
<input type="checkbox"/>	Pensions-/Rentenleistungen	mtl.	€	
<input type="checkbox"/>	Krankengeld/Wochengeld	tägl.	€	
<input type="checkbox"/>	Kinderbetreuungsgeld	tägl.	€	
<input type="checkbox"/>	Unterhalt	mtl.	€	
<input type="checkbox"/>	Sonstiges		€	

Familienbeihilfe: Ja Nein Erhöhungsbetrag zur Familienbeihilfe: Ja Nein

Pflegegeld wird bezogen: Ja Stufe _____ Nein

Unterhaltsverpflichtungen: Ja Höhe mtl. € _____ Nein

OFFENE Verfahren (Pension, Pflegegeld, Rente, Unterhalt, etc.): Ja Nein

III. Wohnverhältnisse der Hilfe suchenden Person (verbindlich auszufüllen)	
Art der Unterkunft:	<input type="checkbox"/> Haus <input type="checkbox"/> Wohnung <input type="checkbox"/> Zimmer <input type="checkbox"/> wohnungslos
Rechtsverhältnisse:	<input type="checkbox"/> Miete <input type="checkbox"/> Eigentum <input type="checkbox"/> Wohnrecht <input type="checkbox"/> Mitbewohner <small>d.h. keine finanzielle Beteiligung an den Miet- bzw. Betriebskosten</small>
Größe der Unterkunft (m ²)	Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen
Mietkosten (netto/mtl.) _____	Mietrückstand: <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja € _____
Betriebskosten (mtl.): _____	(Heizung, Strom, Wasser, wohnbezogene Abgaben)
Betriebskostenrückstand (Höhe, Lieferant): _____	
Wohnbeihilfe wurde beantragt: <input type="checkbox"/> Ja mtl. Höhe _____	<input type="checkbox"/> Nein
VermieterIn (Name und Anschrift): _____	

IV. Angaben zum/zur PartnerIn

EhepartnerIn eingetragene/r PartnerIn LebensgefährteIn

Nachname _____ Vorname _____

SV-Nummer _____ Geburtsdatum _____ Geburtsort _____

Staatsbürgerschaft _____ Geschlecht männlich weiblich

Wohnsitz PLZ _____ Wohnort _____

Straße / Hausnummer _____

Personenstand verheiratet / eingetragene Partnerschaft (EP) ledig verwitwet / hinterblieben aus EP
 Lebensgemeinschaft getrennt lebend geschieden/aufgelöste EP

Erreichbar unter **Telefon**, ev. E-Mail-Adresse _____

Einkommen (aus Erwerbstätigkeit, Pension/Rente, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Unterhalt, etc)

Einkommensart _____ derzeit mtl. Netto € _____ kein Einkommen

Derzeit **krankenversichert** bei _____

V. Angaben über die im gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder

Nachname	Vorname	SV-Nr.	Geb.Datum	Geschlecht	Staatsbürgers.	Einkommen
				<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		<input type="checkbox"/> Ja * <input type="checkbox"/> Nein
				<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		<input type="checkbox"/> Ja * <input type="checkbox"/> Nein
				<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		<input type="checkbox"/> Ja * <input type="checkbox"/> Nein
				<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		<input type="checkbox"/> Ja * <input type="checkbox"/> Nein
				<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
				<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

*Einkommen/Unterhalt _____ derzeit mtl. Netto € _____

*Einkommen/Unterhalt _____ derzeit mtl. Netto € _____

*Einkommen/Unterhalt _____ derzeit mtl. Netto € _____

*Einkommen/Unterhalt _____ derzeit mtl. Netto € _____

VI. Sonstige Personen, die mit der/dem AntragstellerIn im gemeinsamen Haushalt wohnen

Angaben zu Verwandten oder MitbewohnerInnen, die bisher im Antrag noch nicht angeführt wurden

Nachname	Vorname	Geburts- datum	Adresse und Telefonnummer	Beziehung zum/zur AntragstellerIn

VII. Angehörige, die mit der/dem AntragstellerIn nicht im gemeinsamen Haushalt wohnen

Angaben zu Verwandten, die bisher im Antrag noch nicht angeführt wurden

Nachname	Vorname	Geburts- datum	Adresse und Telefonnummer	Verwandtschafts- verhältnis

VIII. Vermögensverhältnisse der Hilfe suchenden Person und der mit ihr im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen
***** ACHTUNG *** VERBINDLICH ANZUKREUZEN *****

Vermögen	der Hilfe suchenden Person	der Angehörigen
		Name(n)
Es sind finanzielle Rücklagen vorhanden: Höhe, Sparform (Sparbuch, Sparkonto...)	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>
Es ist ein Bausparvertrag vorhanden: Angaben über Versicherung/Bank, Abschlussdatum, mtl. Einzahlungsbetrag...	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>
Lebensversicherung/Altersvorsorge vorhanden: Angaben über Versicherungsunternehmen, Abschlussdatum, Vinkulierung, Ansparsumme, ...	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>
Sonst. Vermögenswerte sind vorhanden: Angaben über Form (z.B. Aktien, Wertpapier... und Unternehmen)	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>

KFZ vorhanden: Angaben über Erstzulassung, km-stand:	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>
---	---	---

Grundbesitz	der Hilfe suchenden Person	der Angehörigen
		Name(n)
Es ist Grundbesitz vorhanden:	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>
Falls JA → Angaben zu(r) Katastralgemeinde(n), Einlagezahl(en) und Grundstücksnummer(n)		
Angaben zum Grundausmaß und Einheitswert:		
Belastungs- und Veräußerungsverbot(e) vorhanden: Name, Geburtsdaten der begünstigten Person(en):	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>	JA <input type="checkbox"/> ↓ NEIN <input type="checkbox"/>

Einheitswertbescheide angeschlossen: Ja Nein , weil _____

Schulden: Höhe in € _____ → Schuldenregulierungsverfahren/Gericht: Ja ↓ Nein

zuständiges Gericht, Aktenzahl:

HINWEIS: Sämtliche Vermögens- und Grundbesitznachweise sind dem Antrag beizulegen (siehe Seite 7)

XI. UNTERLAGEN (sind sowohl hinsichtlich der antragstellenden Person, als auch der im Antrag angeführten unterstützungsbedürftigen Personen **IN KOPIE anzuschließen):**

1. Amtlicher Lichtbildausweis (Reisepass, Führerschein, Aufenthaltskarte...);
2. Verdienstnachweise (z.B. Lohn-/Gehaltsbestätigung, AMS-Bezugsbestätigung über Arbeitslosengeld/Notstand, Pensionsmitteilung, Rentennachweis, Leibrentenverträge, Nachweis über Unterhaltsansprüche, Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, etc.);
3. Aktueller Nachweis der Mietkosten (Vorschreibung samt Bankverbindung des Vermieters), Mietvertrag, Nachweis über den Bezug von Wohnbeihilfe (schriftliche Zuerkennung), aktueller Nachweis über Höhe der Betriebskosten (Strom, Wasser, Kanal...) samt Bankverbindung;
4. Ärztliches Zeugnis über aktuelle oder andauernde Arbeitsunfähigkeit der Hilfe suchenden Person, wenn das gesetzliche Pensionsalter bei Antragstellung nicht erreicht ist, ärztliches Zeugnis über Krankheit und Pflegebedürftigkeit einer zu betreuenden Person;
5. Nachweis der Aufenthaltsberechtigung bei Fremden sowie Schreiben der Grundversorgungsstelle Burgenland/Abteilung 6 – Stichtag Asyl und Ende von Grundversorgungsleistungen (Ablauf Viermonatsfrist)
6. Sachwalterschaftsbeschluss/Vollmacht
7. Scheidungsurteil und Vergleichsausfertigung (jeweils mit Rechtskraftvermerk)
8. Unterhaltsvereinbarung/en betreffend Kinder bzw. Nachweis Selbsterhaltungsfähigkeit für Personen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres
9. Geburtsurkunden aller Personen im Haushalt
10. Vereinbarung betreffend laufender Schuldenregulierungsverfahren und Zahlungsplan
11. Bankomatkarte, Bankauszüge jedenfalls der letzten 6 Monate
12. schriftliche Nachweise über den aktuellen Vermögensstand (Sparbuch, Bausparvertrag/Abrechnung aktuelle Sparleistung, Lebensversicherung/Stand aktuelle Ersparnis, Aktien/aktueller Wert...) sowie diesbezüglich geltender Vinkulierungen und/oder sonstiger auflösungsrelevanter Bestimmungen Vermögensnachweise (Sparbücher, Bausparvertrag, Lebensversicherung, etc.)
13. KFZ - Zulassungsschein
14. Schenkungsvertrag, Übergabevertrag (abgeschlossen innerhalb der letzten 5 Jahre)
15. Bei Selbstständigkeit zusätzlich zu Verdienstnachweis/en (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung jedenfalls der letzten drei Monate bzw. gegebenenfalls Gewinn und Verlustrechnung) – Gewerbeschein und Einkommenssteuerbescheid vom letzten Jahr
16. Für Personen, die in den letzten 6 Jahren nicht mindestens 5 Jahre rechtmäßig in Österreich aufhältig waren:
 - Zertifikat/Bestätigung über Besuch eines Werte- und Orientierungskurses
 - Bestätigung über Besuche und Abschluss Deutschkurs (A0, A1, A2) – bei Personen mit nichtdeutscher Muttersprache
 - unterfertigte Integrationsvereinbarung Land Burgenland bzw. unterfertigte Integrationserklärung ÖIF/Bund

XII. Erklärungen und Verpflichtungen

Ich erkläre ausdrücklich, dass meine Angaben wahr und vollständig sind.

Ich verpflichte mich dazu

- ✓ meine Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen;
- ✓ mein Einkommen und verwertbares Vermögen bei der Bemessung der Leistungen einzusetzen;
- ✓ Ansprüche gegen Dritte zu verfolgen,
- ✓ alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind meine Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt, meine Arbeitsfähigkeit oder meine soziale Stabilisierung zu verbessern,
- ✓ sämtliche mir von der Behörde vorgeschriebenen Maßnahmen zur besseren Integration (z.B. Besuch von einem zumindest achtstündigen Werte- und Orientierungskurses...) zu ergreifen;
- ✓ alle Umstände, die eine Änderung des Leistungsanspruches zur Folge haben könnten, insbesondere Änderungen der Einkommens- und Vermögens-, der Wohn- und der Familienverhältnisse unverzüglich der Behörde anzuzeigen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- Leistungen gekürzt bzw. eingestellt werden, insbesondere
 - bei mangelnder Bereitschaft zum Einsatz der Arbeitskraft
 - bei Verweigerung von Maßnahmen die die Arbeitsfähigkeit fördern,
 - bei Verweigerung von Maßnahmen zur besseren Integration (Deutschkurs, Werte- und Orientierungskurse),
 - bei Verweigerung aller sonst zumutbaren Maßnahmen, die dazu beitragen selbst aus der Notlage herauszukommen;
- falsche Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Einstellung und Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken können;
- aufgrund von falschen Angaben oder dem Verschweigen maßgebender Tatsachen eine Verwaltungsstrafe verhängt oder eine Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann;
- Leistungen, die wegen unwahrer Angaben, Verletzung der Anzeigepflicht oder Verschweigen wesentlicher Tatsachen zu Unrecht in Anspruch genommen wurden, rückzuerstatten sind;
- Personen, denen ich innerhalb der letzten fünf Jahre vor Beginn der Hilfeleistung oder während der Hilfeleistung Vermögen geschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung übertragen habe, zum Ersatz der Kosten der bezogenen Leistung herangezogen werden können;
- Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung grundbücherlich sichergestellt werden können.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die zur Besorgung der Aufgaben nach dem Bgld. Mindestsicherungsgesetz erforderlichen personenbezogenen Daten automationsunterstützt verwendet werden dürfen. Die Verwendung der Daten ist ausschließlich auf den mit diesem Gesetz verbundenen Zweck der Feststellung der Voraussetzungen oder der Höhe einer Leistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung oder von Rückerstattungs- oder Ersatzpflichten beschränkt.

Das beiliegende Informationsblatt (Merkblatt – Seite 9) habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

_____ Datum

eigenhändige Unterschrift

MERKBLATT

zur Gewährung von Leistungen nach dem Bgld. Mindestsicherungsgesetz

Nach dem Burgenländischen Mindestsicherungsgesetz ist die Möglichkeit gegeben, sozial schwachen Personen Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Diese Unterstützung kann in Form von **Geld- und Sachleistungen** für nachfolgende Teilbereiche erfolgen:

- Lebensunterhalt
- Wohnbedarf
- Krankenhilfe

Leistungen aus der Krankenhilfe sind durch Übernahme der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sichergestellt. Es wird von der Behörde nur die Hilfe suchende Person bei der BGKK zur Versicherung angemeldet,

- *für alle Angehörigen des Antragstellers muss bei der BGKK ein Antrag auf Mitversicherung unter Vorlage aller relevanten Dokumente gestellt werden (die Beiträge hierfür werden im Rahmen der Mindestsicherung übernommen).*

Wesentliches Merkmal aller Hilfeleistungen ist, dass diese **subsidiär** sind, das heißt, nur dann zu gewähren sind, wenn nicht die Verpflichtung anderer zur Hilfe besteht.

Bei der Gewährung von Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, dass soziale Bedürftigkeit gegeben ist und das eigene verwertbare Vermögen durch den Antragsteller zur Sicherung des Lebensbedarfes eingesetzt wurde. Das Ausmaß der zu gewährenden Hilfe ist auch davon abhängig zu machen, inwieweit der Hilfesuchende bereit ist, seine Arbeitskraft in zumutbarer Weise zur Beschaffung seines Lebensbedarfes einzusetzen.

Die Auszahlung der Leistungen erfolgt monatlich im Nachhinein auf eine bei Antragsstellung bekanntzugebende inländische Bankverbindung.

Zum Ersatz der Kosten können neben dem Hilfesuchenden auch dessen ErbInnen, dessen unterhaltsverpflichtete (geschiedene) EhegattInnen, eingetragene PartnerInnen und Eltern sowie sonstige Personen, denen gegenüber der Hilfesuchende Rechtsansprüche besitzt, bei deren Erfüllung Leistungen nach diesem Gesetz nicht oder nicht in diesem Maße erforderlich gewesen wären, herangezogen werden.

Der Hilfesuchende oder dessen gesetzlicher Vertreter hat jede **Änderung** der maßgeblichen Umstände insbesondere der **Vermögens-, Einkommens-, Familien- und Wohnverhältnisse** der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde (Bezirkshauptmannschaft, Magistrat) zu **melden**. **Werden falsche Angaben gemacht oder maßgebliche Tatsachen verschwiegen, kann dies zu einer Verwaltungsstrafe oder einer Strafanzeige führen.**

Die Antragstellung hat bei der jeweils örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft bzw. dem örtlich zuständigen Magistrat zu erfolgen. Sollten weitere Fragen bestehen, so wird empfohlen, mit dem Sozialreferat der jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörde Kontakt aufzunehmen.